

Wien, im Okt. 2010

Offener Brief **zum aktuellen Umgang des Innenministeriums mit Menschen in Österreich**

Das Vorgehen des BMI und seiner ausführenden Organe im Fall der kosovarischen Familie Komani am 6. und 7.10.2010 sowie weitere medial berichtete drohende Abschiebungen von Familien mit Kindern bestürzen viele Menschen in Österreich!

Kinder-, Menschenrechts- und Flüchtlingshilfsorganisationen, VertreterInnen der Justiz, der Kirchen und der Zivilgesellschaft kritisieren das Versäumnis, dieser seit 6 Jahren in Österreich lebenden Familie einen Aufenthaltstitel zur Niederlassung aus humanitären Gründen zu erteilen. Die - trotz Spitalsaufnahme der akut erkrankten Mutter - durchgezogene Schubhaftnahme, sofortige Abschiebung des Vaters mit seinen beiden 8 jährigen Zwillingstöchtern und Zerreißung der Familie wird scharf verurteilt. Das Ereignis ist jedoch kein Einzelfall! Die zahlreichen Stellungnahmen verweisen daher - über die spezifische Härte der exekutierten Abschiebung hinaus - auf die seit Jahren geäußerte Kritik an den bestehenden Asyl- und Fremdenengesetzen.

Auch der Beirat des Friedensprojekts „Alpine Peace Crossing“, einer privaten Initiative zur Erinnerung an den jüdischen Exodus 1947 über den Krimmler Tauern und dem Ziel Aufklärungsarbeit zu Flüchtlingsschicksalen zu leisten, ist über die Entwicklungen der Gesetzgebung besorgt und sieht sich veranlasst, aus der Perspektive der Zivilgesellschaft Stellung zu beziehen:

Die Tatsache, dass Abschiebungen jahrelang in Österreich lebender Menschen, hier aufgewachsener Kinder und integrierter Familien zur alltäglichen Praxis inmitten unserer Gesellschaft geworden sind, ist bedrückend! Ebenso wie die strikte Handhabung der Dublin-Verordnung, mittels der Asylsuchende in EU-Staaten zurück geschoben werden, ungeachtet ob dort EU-Standards der Flüchtlingsbetreuung gewährleistet sind.

Im speziellen Fall der Familie Kumani ist zu fragen, warum nicht die Verhältnismäßigkeit der Maßnahme abgewogen und Entscheidungsspielräume ausgeschöpft wurden. Warum diese Härte und Hektik der Abschiebung? Innenministerin Fekter bezeichnete das Vorgehen als rechtsstaatlich und korrekt, „auch wenn es natürlich menschliche Schicksale betrifft, die schmerzlich sind.“

Es ging also nicht darum, über das Schicksal der Familie Komani zu entscheiden, - so wenig wie über die Schicksale hunderter ähnlich gelagerter Fälle. Das Kindeswohl der betroffenen Kinder (die Medien berichten schon über die nächsten Opfer!) stand nicht zur Debatte. Die Frage drängt sich auf, ob vielmehr exemplarisch vorgeführt werden sollte, dass Gesetze, ganz gleich welche individuellen Auswirkungen sie auch haben mögen, zu exekutieren sind. Die Äußerung der Innenministerin, „dass NGOs Flüchtlinge für eine mediale Inszenierung in Geiselhaut nehmen“, verrät ihre Sichtweise: Entscheidung und Durchführung einer Abschiebung sind Gelegenheiten zur innenministeriellen Machtdemonstration. Kritik an der Staatsgewalt wird nicht toleriert. Schon gar nicht, wenn Kritik, Unmut und Abwehrhilfen gegen Abschiebungen direkt aus der Zivilbevölkerung kommen! Wie etwa im Fall des Immobilienhändlers Hans Jörg Ulreich, der ein ganzes Haus zum Schutz von Abschiebung bedrohter Familien, so auch der Familie Komani, zur Verfügung stellt.

Hektik und Härte der stattgefunden Abschiebung – inklusive WEGA-Einsatz – sollten ein Exempel der Brechung zivilen Widerstands sein. Das Volk möge sich daran gewöhnen! Aber ein durchaus repräsentativer Anteil der Menschen in Österreich wird das nicht hinnehmen. Hinter ihnen stehen zahlreiche ExpertInnen zu Asyl-, Migrations- und Menschenrechtsfragen.

Der Beirat von ALPINE PEACE CROSSING erhofft daher von den Entscheidungsträgern

- die umgehende Rückholung Herrn Komanis mit seinen Töchtern nach Österreich,
- ein Moratorium für alle anstehenden Abschiebungen mehrjährig in Österreich aufhältiger integrierter ausländischer Menschen bis zur Novellierung der derzeitigen Bleiberechtsregelung (Bleiberecht mit Rechtsanspruch, Amnestie für definierte Zielgruppe),
- die uneingeschränkte Verankerung der UN-Kinderrechtskonvention in der österreichischen Bundesverfassung,
- Evaluierung und anschließende Neufassung der Asyl- und Fremden Gesetze, wie von Fachkreisen empfohlen,
- eine internationale nachgehende Studie über Lebensverläufe aus Österreich abgeschobener Personen der letzten 2 Jahre.

Dr. Ernst Löschner
Initiator von
ALPINE PEACE CROSSING

Dr. Irmela Steinert
Beiratsmitglied von
ALPINE PEACE CROSSING

Rückfragehinweis:
Dr. Ernst Löschner
Tel. 0676-7403502
e-mail: ernst@loeschner.at